

## Niederschrift der weiterführenden Sitzung des Stadtrates am 02.02.2017

---

<b>Sitzungsort:</b>	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
<b>Beginn:</b>	17:05 Uhr
<b>Ende:</b>	18:06 Uhr
<b>Anwesende Mitglieder des Ausschusses:</b>	Siehe Anwesenheitsliste
<b>Abwesende Mitglieder des Ausschusses:</b>	Siehe Anwesenheitsliste
<b>Stadtratsvorsitzende:</b>	Frau Pelke
<b>Schriftführer/in:</b>	

### Tagesordnung:

<b>I.</b>	<b>Öffentlicher Teil</b>	<b>Drucksachen- Nummer</b>
1.	Eröffnung durch den Oberbürgermeister	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
8.	Entscheidungsvorlagen	
8.14.	Errichtung der Thüringer Gemeinschaftsschule Erfurt- Hochheim (TGS 6) Einr.: Ortsteilbürgermeister Hochheim	<b>2428/16</b>
8.15.	Bundesmittel für die Defensionskaserne Einr.: Fraktion CDU	<b>2429/16</b>
8.15.1.	Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE., Bündnis 90/ Die Grünen zur Drucksache 2429/16 - Bundesmittel für die Defensionskaserne	<b>0314/17</b>

- |       |   |                |
|-------|---|----------------|
| 8.17. | Kündigung des "Vertrages über die Durchführung und Vergütung des Rettungsdienstes im Rettungsdienstbereich Stadt Erfurt"<br>Einr.: Oberbürgermeister                                  | <b>2726/16</b> |
| 8.18. | 1. Änderungssatzung der Satzung über die Aufwandsentschädigung der Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr der Landeshauptstadt Erfurt vom 02. August 2012<br>Einr.: Oberbürgermeister | <b>2749/16</b> |
| 8.19. | Änderung sachkundiger Bürger<br>Einr.: Fraktion DIE LINKE.  | <b>0028/17</b> |
| 9.    | Informationen   |                |

**1.           Eröffnung durch den Oberbürgermeister**

Der Oberbürgermeister eröffnete die weiterführende öffentliche Stadtratssitzung und begrüßte alle Stadtratsmitglieder, Ortsteilbürgermeister, Pressevertreter sowie Gäste.

Sodann übergab er die Sitzungsleitung an die Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke.

Frau Pelke gab bekannt, dass der Hauptausschuss in der Sitzung am 03.05.2011 beschlossen hat, dass die Aufzeichnung der Stadtratssitzungen im Internet als Live-Stream und eine Speicherung der Daten bis zur nächst folgenden Stadtratssitzung durch die Mediengruppe Thüringen bzw. des durch sie beauftragten technischen Dienstleisters, unter den folgenden Bedingungen erfolgt:

- Die Kameraposition und die technischen Rahmenbedingungen werden vor der jeweiligen Stadtratssitzung durch die für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit zuständige Dienststelle festgelegt. Es darf nur der jeweilige Redner am Rednerpult und das Präsidium hinter dem Rednerpult aufgezeichnet werden.
- Eine Aufnahme der Zuschauer-Empore und des Stadtratssitzungssaales ist nicht zulässig.
- Durch die Verwaltung wird der Mediengruppe Thüringen vor Beginn der Stadtratssitzung mitgeteilt, welche Personen einer Übertragung widersprochen haben. In der Sitzung können durch die Stadtratsvorsitzende weitere Personen benannt werden. Diese Personen dürfen nicht gefilmt werden.
- Im Übrigen ist die Mediengruppe Thüringen für die rechtmäßige Live-Übertragung der Stadtratssitzung verantwortlich.

Personen, die nicht aufgezeichnet werden wollen, können dies jederzeit der Stadtratsvorsitzenden bekannt geben.

Sie fragte daraufhin, ob jemand der Aufzeichnung, soweit der Redebeitrag von Rednerpult aus erfolgt, widerspricht. Widerspruch erhob sich nicht.

Darüber hinaus hat der Hauptausschuss in der Sitzung am 20.10.2015 die Zustimmung erteilt, dass alle Fraktionen für die laufende Wahlperiode die Redebeiträge ihrer Mitglieder am Rednerpult im öffentlichen Teil von Stadtratssitzungen in Bild und Ton mitschneiden dürfen.

Die Liste der grundsätzlich genehmigten Journalisten gemäß §15 (6) der Geschäftsordnung liegt in den Fraktionsgeschäftsstellen und der für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Dienststelle zur Einsichtnahme für die Sitzungsteilnehmer vor, teilte die Stadtratsvorsitzende weiterhin mit.

Frau Pelke gab bekannt, dass zu diesem Zeitpunkt 28 Mitglieder des Stadtrates anwesend waren. Damit war der Stadtrat beschlussfähig, so die Stadtratsvorsitzende.

Abschließend wies die Stadtratsvorsitzende darauf hin, dass keine Pause stattfinden wird.

## 2. Änderungen zur Tagesordnung

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Änderungen zur Tagesordnung bereits in der Sitzung am Vortag bekannt gegeben wurden.

Weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung lagen nicht vor.

## 8. Entscheidungsvorlagen

### 8.14. Errichtung der Thüringer Gemeinschaftsschule Erfurt-Hochheim (TGS 6) 2428/16 Einr.: Ortsteilbürgermeister Hochheim

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern zwei Stellungnahmen der Verwaltung mit Datum vom 13.12.2016 und 01.02.2017 vorliegen.

Der Stadtrat vertagte die Drucksache in seiner Sitzung am 14.12.2016.

An der Diskussion beteiligten sich (teilweise mehrfach):

- Herr Hartmann, Ortsteilbürgermeister Hochheim,
- Herr Bausewein, Oberbürgermeister,
- Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.,
- Herr Bender, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
- Herr Hose, Fraktion CDU,
- Herr Städter, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN,
- Frau Dr. Faber-Steinfeld, Fraktion SPD,
- Herr Pfistner, Fraktion CDU,
- Herr Hilge, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften,
- Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
- Frau Walsmann, Fraktion CDU,
- Herr Stassny, Vorsitzender der Fraktion FREIE WAHLER/FDP/PIRATEN,
- Herr Blechschmidt, Fraktion DIE LINKE. und
- Herr Prof. Dr. Merforth, Fraktion SPD.

Zu Beginn erläuterte Herr Hartmann die Intention seiner Drucksache und betonte die Notwendigkeit einer Gemeinschaftsschule und die Notwendigkeit eines heutigen Beschlusses. Weiterhin nahm er Bezug auf die Stellungnahmen der Verwaltung und die angekündigte Drucksache 0211/17 der Verwaltung. Hierbei stellte er deutlich fest, dass seine vorliegende Drucksache die Grundlage für die Entscheidung sei.

Der Oberbürgermeister sicherte zunächst die Errichtung der Gemeinschaftsschule in Erfurt-Hochheim zu, verwies jedoch zugleich auf die Abhängigkeit vom Schulnetzplan. Dahingehend sei eine vollumfängliche Vorlage notwendig, welche die Verwaltung zur Vorabstimmung auf den Weg gebracht habe. Diese Drucksache 0211/17 solle in der nächsten Sitzung des Stadtrates beraten werden. Da neben der Schulartänderung noch mehr Faktoren wie

beispielsweise die finanziellen und die schulorganisatorischen betroffen sind, wolle die Verwaltung in dem Verfahrensweg keine Fehler machen. Daher warb er um die Vertagung der vorliegenden Drucksache des Ortsteilbürgermeisters und bat darum die vollumfängliche Verwaltungsdrucksache zur Thematik abzuwarten.

Frau Stange sprach sich im Namen ihrer Fraktion für die Gemeinschaftsschule aus. Im Hinblick auf die notwendige Verwaltungsvorlage schlug sie vor, den vorliegenden Beschlusstext auf das wesentliche zu kürzen und beantragte die Streichung des letzten Satzes des Beschlusspunktes 01 und die Streichung des gesamten Beschlusspunkt 02.

Herr Bender verwies auf die Stellungnahmen der Verwaltung und regte dementsprechend eine nochmalige Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Bildung und Sport an.

Herr Hose forderte die heutige Beschlussfassung, da die Bürger sonst verunsichert werden und Unruhe entsteht. Zudem sei es nun wichtig Schüler zu gewinnen und mit einem positiven Signal zu werben.

Herr Städter wies darauf hin, dass die Schulen und die Lehrer eine Entscheidung benötigen für die weiteren Planungen hinsichtlich des Schulmaterials und allen Vorbereitungen für das Schuljahr 2017/2018.

Im Zuge der Diskussion begrüßte der Oberbürgermeister den Vorschlag eines gekürzten Beschlusstextes und schlug folgende Änderung vor *"Der Stadtrat ~~beschließt~~ befürwortet [...]"* und begründete diese. Zudem wies er nochmals darauf hin, dass der Haushalt die Grundlage sei und somit entsprechend die Verwaltungsdrucksache 0211/17 abgewartete werden solle.

Auf Nachfrage erklärte Herr Hilge die rechtlichen Bedingungen und begründete den Vorschlag des Oberbürgermeisters.

Herr Prof. Dr. Thumfart sprach sich für die heutige Beschlussfassung aus und beantragte zugleich die Hinzufügung der folgenden Sätze:  
*"Die Gemeinschaftsschule wird im Schuljahr 17/18 in den jetzt vorhandenen Räumen errichtet. Eine räumliche Aufstockung wird im Zusammenhang mit dem Neubau und dem Konzept für den Schulneubau geprüft."*

Frau Dr. Faber-Steinfeld begrüßte im Namen ihrer Fraktion die Errichtung der Gemeinschaftsschule und sicherte die Unterstützung bei der Beschlussfassung zu. Hinsichtlich der Aussagen des Oberbürgermeisters sprach sie sich jedoch ebenfalls für eine spätere aber vollumfängliche Beschlussfassung aus.

Herr Pfistner hinterfragte die Verwaltungsdrucksache 0211/17 inhaltlich und kritisierte, dass diese noch nicht im Entwurf den Fraktionen vorliegt. Hierzu verwies der Oberbürgermeister auf die Formalien, die eingehalten werden müssen und den internen Werdegang einer Drucksache.

Frau Walsmann unterstütze die Kritik von Herrn Pfistner und stufte das Handeln und die rechtliche Prüfung durch die Verwaltung als zu spät ein, insbesondere da die Zusage vom Ministerium bereits vorliegt. Den Vorschlag von Frau Stange hinsichtlich des Beschlusstextes unterstütze sie.

Herr Stassny forderte ebenfalls ein Signal nach außen und begrüßte die Beschlussfassung des Beschlusspunktes 01 und zugleich die Streichung des Beschlusspunktes 02.

Herr Hose erinnerte auf das Wahlversprechen des Oberbürgermeisters und betonte die Priorität der Zurückgewinnung des Vertrauens der Bürger. Hinsichtlich der Beschlussfassung stand er dem Vorschlag von Frau Stange positiv gegenüber mit einem Vermerk in der nächsten Stadtratssitzung eine vollumfängliche Verwaltungsdrucksache zu beschließen.

Da der Oberbürgermeister auf Grund einer wichtigen Veranstaltung die Sitzung verlassen musste, übernahm Herr Hilge seine Position und zog zugleich den Vorschlag des Oberbürgermeisters auf folgende Änderung "*Der Stadtrat ~~beschließt~~ befürwortet [...]*" zurück. Das Verb "beschließt" solle im Beschlusstext erhalten bleiben und der Vorschlag von Frau Stange hinsichtlich der Kürzung des Beschlusstextes solle bestätigt werden, erklärte Herr Hilge.

Daraufhin fasste die Stadtratsvorsitzende die vorliegenden Anträge zusammen.

Dahingehend sprachen sich Herr Städter sowie Frau Walsmann gegen den Zusatz von Herrn Prof. Dr. Thumfart aus.

Sodann verlas Herr Gillmann, Stadtratsreferent, den Antrag von Herrn Hose, der dem Beschlusstext angefügt werden sollte im Wortlaut:

*"Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die beschlussnotwendigen Vorbereitungen zur Errichtung der Thüringer Gemeinschaftsschule Erfurt-Hochheim kurzfristig zu treffen und zur Beschlussfassung bis zur nächsten Stadtratssitzung vorzulegen."*

Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

Auf Nachfrage der Stadtratsvorsitzenden zog Herr Bender seinen Antrag auf Verweisung der Drucksache als auch Herr Prof. Dr. Thumfart seinen mündlichen zusätzlichen Satz zurück.

Anschließend beantwortete Herr Hilge die Nachfragen von Herrn Blechschmidt und Herrn Prof. Dr. Merforth.

Daraufhin fasste die Stadtratsvorsitzende nochmals den endgültigen Beschlusstext wie folgt zusammen:

*Der Stadtrat beschließt die Errichtung einer dreizügigen Thüringer Gemeinschaftsschule mit den Klassenstufen 1-12 und die Schließung der Grundschule 12 sowie der Regelschule 10 am Standort zum Schuljahresbeginn 2017/2018 gemäß § 6a Abs. 3 Satz 1 ThürSchulG am Standort Erfurt-Hochheim.*

*Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die beschlussnotwendigen Vorbereitungen zur Errichtung der Thüringer Gemeinschaftsschule Erfurt-Hochheim kurzfristig zu treffen und zur Beschlussfassung bis zur nächsten Stadtratssitzung vorzulegen.*

Abschließend zeigte sich Herr Hartmann mit dem Beschlusstext einverstanden und die Stadtratsvorsitzende rief zur Abstimmung über die geänderte Drucksache auf.

**mit Änderungen beschlossen Ja 30 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Errichtung einer dreizügigen Thüringer Gemeinschaftsschule mit den Klassenstufen 1-12 und die Schließung der Grundschule 12 sowie der Regelschule 10 am Standort zum Schuljahresbeginn 2017/2018 gemäß § 6a Abs. 3 Satz 1 ThürSchulG am Standort Erfurt-Hochheim.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die beschlussnotwendigen Vorbereitungen zur Errichtung der Thüringer Gemeinschaftsschule Erfurt-Hochheim kurzfristig zu treffen und zur Beschlussfassung bis zur nächsten Stadtratssitzung vorzulegen.

8.15. Bundesmittel für die Defensionskaserne 2429/16  
Eintr.: Fraktion CDU

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt.

Der Stadtrat verwies die Drucksache in seiner Sitzung am 16.11.2016 in die zuständigen Ausschüsse.

Der Bau- und Verkehrsausschuss bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 12.01.2017 (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Der Kulturausschuss bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 19.01.2017 ebenfalls (Ja 5 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0).

Es lag ein Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 0314/17 vor. Dieser Antrag ersetzte die Ursprungsdrucksache.

Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Zu Beginn erläuterte Herr Kordon, Fraktion CDU, die Intention der Drucksache seiner Fraktion. Weiterhin ging er auf den vorliegenden Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 0314/17) ein. Hierzu teilte er mit, dass seine Fraktion mit dem ersten Absatz nicht einverstanden sei aber der zweite Absatz so angenommen werden könne.

Herr Warnecke, Vorsitzender der Fraktion SPD, führte zu dem vorliegenden Antrag mit den Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus.

Herr Kordon sah formale Schwierigkeiten im Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Daraufhin regte Herr Hilge, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften an, dem Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu folgen aber die Wortgruppe *"zur Sicherung des Gebäudes"* im ersten Absatz raus zu streichen.

Dagegen erhob sich von Seiten der Einreicher des Antrages kein Widerspruch.

Mit diesem Vorschlag erklärte sich Herr Kordon im Namen seiner Fraktion einverstanden.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief die Stadtratsvorsitzende den Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 0314/17), der die Ursprungsdrucksache ersetzte inkl. der Streichung der Worte *"zur Sicherung des Gebäudes"* im ersten Absatz, zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 30

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Damit wurde dieser einstimmig beschlossen und es erübrigte sich die Abstimmung der Ursprungsdrucksache.

**mit Änderungen beschlossen Ja 30 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**Beschluss:**

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit dem Eigentümer der Defensionskaserne und dem Thüringer Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Gespräche aufzunehmen, um sicherzustellen, dass eine zielgerichtete Beantragung und Verwendung von Fördermitteln aus dem Bundesprogramm „Substanzerhaltung und Restaurierung von unbeweglichen Kulturdenkmälern von nationaler Bedeutung, Zuschüsse für national bedeutsame Kulturinvestitionen“ erfolgt.**

**Hierbei sollten die Fördermittel so eingesetzt werden, dass die aktuellen Planungen und Überlegungen zur Errichtung eines Landesmuseums nicht beeinträchtigt oder bauliche Veränderungen am Gebäude für ein solches Museum ganz oder teilweise ausgeschlossen werden.**

**8.15.1. Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE., Bündnis 90/ Die 0314/17  
Grünen zur Drucksache 2429/16 - Bundesmittel für die  
Defensionskaserne**

**bestätigt mit Änderungen**

**8.17. Kündigung des "Vertrages über die Durchführung und 2726/16  
Vergütung des Rettungsdienstes im Rettungsdienstbe-  
reich Stadt Erfurt"  
Einr.: Oberbürgermeister**

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile die Drucksache in seiner Sitzung am 17.01.2017 einstimmig bestätigte (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 18.01.2017 ebenfalls (Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Da es keine Wortmeldungen gab, erfolgte sogleich die Abstimmung über die Drucksache.

**beschlossen Ja 30 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**Beschluss:**

**Der Stadtrat beschließt die Kündigung des Vertrages über die Durchführung und Vergütung des Rettungsdienstes im Rettungsdienstbereich der Stadt Erfurt.**

**8.18.            1. Änderungssatzung der Satzung über die Aufwandsentschädigung der Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr der Landeshauptstadt Erfurt vom 02. August 2012            2749/16**  
**Einr.: Oberbürgermeister**

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile die Drucksache in seiner Sitzung am 17.01.2017 einstimmig bestätigte (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 18.01.2017 ebenfalls (Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Die Stadtratsvorsitzende gab folgende redaktionelle Änderung im Rubrum bekannt:  
*Auf der Grundlage der §§ 2, 18, 19 und 54 der Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung (Thüringer Kommunalordnung - ThürKO) vom 28.01.2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14. Dezember 2016 (GVBl. S. 558) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 07.10.2016 (GVBl. S. 506, 513)*

Da keine Wortmeldungen vorlagen, erfolgte sogleich die Abstimmung über die Drucksache inkl. der redaktionellen Änderung.

**mit Änderungen beschlossen Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**Beschluss:**

**Der Stadtrat beschließt die 1. Änderungssatzung der Satzung über die Aufwandsentschädigung der Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr der Landeshauptstadt Erfurt vom 02. August 2012.**

*(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.)*

**8.19. Änderung sachkundiger Bürger  
Einr.: Fraktion DIE LINKE.**

**0028/17**

Die Stadtratsvorsitzende teilte mit, dass die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Da es keine Wortmeldungen gab, erfolgte sogleich die Abstimmung über die Drucksache.

**beschlossen Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**Beschluss:**

**Der sachkundige Bürger im Kulturausschuss für die Fraktion DIE LINKE. wird:**

**alt: Karin Eger**

**neu: Norman Schulz**

**9. Informationen**

Informationen lagen nicht vor.

Somit beendete die Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke, die öffentliche Sitzung des Stadtrates.

gez. Pelke  
Stadtratsvorsitzende

gez.   
Schriftführer/in